

1989 – Nationale Erinnerung und transnationale Geschichte

Jürgen Kocka

Die Bilder vom Fall der Berliner Mauer gehören zum ikonografischen Grundbestand des 20. Jahrhunderts, und zwar international. Kein anderes Ereignis setzt den Umbruch von 1989 ähnlich prägnant und bewegend ins Bild. Uns Deutschen kommt das entgegen, denn wir erinnern uns an 1989 gern im nationalgeschichtlichen Rahmen: an die mutige Dissidenz ostdeutscher Minderheiten, den Massenexodus und die Massenbewegung aus und in der DDR, die fortschreitende Agonie des SED-Regimes, das geschickte Verhalten der Regierung Kohl/Genscher, die freiheitlichen und nationalen Emotionen im November. Doch in Wirklichkeit war der Umbruch von 1989 ein transnationales Phänomen. Er begann nicht in Deutschland und er endete nicht hier. Er entfaltete sich grenzüberschreitend.

Lech Walesa sagt gern, dass „1989“ schon Anfang der 1980er Jahre mit den Streiks in Danzig und der Gründung von *Solidarność* begann, ermutigt vom polnischen Papst. Das ist eine Konstruktion, aber sie erinnert daran, dass bei zwei unserer Nachbarn entscheidende Wandlungen längst auf dem Weg waren, als man in der DDR zu rebellieren begann. In Polen hatten Streiks ein Jahr vorher begonnen, Runde Tische seit Monaten getagt und im Frühjahr 1989 halbfreie Wahlen stattgefunden, die die Kommunisten verloren. In Budapest hatte die Kommunistische Partei selbst im Februar nach freien Wahlen verlangt, in denen sie dann unterlag. In beiden Ländern war die Entwicklung allmählich verlaufen, mit vielen institutionellen Kompromissen, aber mit grundlegendem Wandel als Ergebnis. Die Ungarn und die Polen waren die Ersten; sie wirkten ansteckend.

In der DDR und der Tschechoslowakei war das System repressiver und starrer. Hier begann der Systemwechsel später, verlief dann aber schneller und stoßartiger, von rasch anschwellenden Massenbewegungen getrieben, wenngleich ohne Gewalt. Hierfür passt die Bezeichnung „friedliche Revolution“.

Wieder anders verlief die Entwicklung in Rumänien und Bulgarien. Hier wurde der teilweise gewaltsame Umsturz von Spaltungen innerhalb der herrschenden Elite begleitet, der Sturz der Diktatur glich Palast-Revolutionen. Darunter blieb die personelle und institutionelle Kontinuität stark.

Die sechs Umbrüche hingen eng zusammen – wie Steine in einem Domino-Spiel. Sobald kommunistische Führer in einem Land stürzten, erodierte andernorts die Legitimität ihrer Pendanten. Man beobachtete und beeinflusste sich gegenseitig. Vor allem aber wirkten überall ähnliche Ursachen.

Überall im Osten fand in den 1980er Jahren ein wirtschaftlicher Niedergang statt. Er führte zu wachsender Unzufriedenheit. Die Entspannungspolitik machte es den kommunistischen Regierungen schwer, die kapitalistischen Nachbarn als bedrohliche Feinde darzustellen, aber eben damit hatten sie lange ihre Politik begrün-

det. Die Erinnerung an Faschismus und Weltkrieg verblasste, und damit versiegte eine Quelle kommunistischer Selbstlegitimation.

Entscheidend aber war *Gorbatschow*. Einerseits ermutigte seine Reformpolitik zur Nachahmung. Andererseits machte er – in scharfem Kontrast zu den Jahrzehnten zuvor – deutlich, dass die Sowjets nicht mehr bereit waren, den Regierungen der Satellitenstaaten gegen innere Herausforderungen militärisch beizustehen, auch wenn diese auf Systemwandel zielten.

Zu diesem fundamentalen Politikwechsel in Moskau trug vieles bei: die Ermüdung eines alten Systems, der verlorene Krieg in Afghanistan, die harte Konkurrenz mit den USA unter *Reagan*, einzelne Personen und ihr rascher Wechsel an der Spitze, vor allem aber die langfristig unübersehbare Unterlegenheit der staatssozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft unter den Bedingungen der dritten Industriellen Revolution auf digitaler Grundlage. Diese brauchte Dezentralisation, Netzwerkstrukturen und Freiheit, um ihr Potenzial zu entfalten. Daran fehlte es in der Sowjetunion. Eisenbahnen, Hochöfen und Maschinenindustrie hatte man zentralwirtschaftlich bauen und leiten können, eine konkurrenzfähige IT-Industrie aber nicht. Die sowjetischen Produktionsverhältnisse standen der Entwicklung der Produktivkräfte im Weg.

Aber im transnationalen Umbruch von 1989 stellte die DDR einen Sonderfall dar. Denn sie war einer von zwei deutschen Staaten. Die Konkurrenz mit der Bundesrepublik und deren Einfluss haben den Umbruch in der DDR tief geprägt. Nur hier führte der Untergang des Staatssozialismus zum Verlust der staatlichen Unabhängigkeit. Dies beeinflusst die Entwicklung bis heute.

Einerseits ist das Erbe von Kommunismus und Diktatur in Deutschland theoretisch, praktisch und personell gründlicher überwunden und verarbeitet worden als in irgendeinem anderen Land des ehemaligen Ostblocks. Die Kritik an der angeblichen Verharmlosung der DDR-Diktatur und am Fortbestand von DDR-Traditionen übersieht dies völlig. Andererseits hat die Emanzipation von der Diktatur in der Form der Wiedervereinigung stattgefunden. Sie ist deshalb von einer tief greifenden west-östlichen Asymmetrie geprägt, die die Selbstständigkeit der Ostdeutschen erneut beschneidet und ihr Selbstbewusstsein belastete. In diesem Sinn gab es Gewinner und Verlierer. Auch deshalb führt die Erinnerung an den Mauerfall nicht nur zu berechtigter Freude über ein gelungenes Stück deutscher Geschichte, sondern auch zu Kritik und Debatte.

Prof. Dr. Jürgen Kocka lehrt Geschichte an der Freien Universität Berlin, nimmt eine Forschungsprofessur für Historische Sozialwissenschaft am Wissenschaftszentrum Berlin wahr und ist Vizepräsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften.
e-mail: kocka@wzb.eu